

BLL-Jahrestagung am 27.4.2006, Berlin

Begrüßung

Dr. Theo Spettmann

Präsident Bund für Lebensmittelrecht und Lebensmittelkunde e. V.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

verehrte Gäste, liebe BLL-Mitglieder,

ganz herzlich darf ich Sie zu unserer Jahrestagung 2006 hier in Berlin begrüßen; ich freue mich, dass Sie unserer Einladung so zahlreich gefolgt sind und danke Ihnen vielmals dafür.

Es ist uns eine große Ehre, den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes, Herrn Professor Doktor Papier, als Repräsentanten eines der Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland bei uns begrüßen zu dürfen. Immer wieder erfahren wir, welche herausragende Aufgabe und Funktion das Bundesverfassungsgericht für unsere rechtliche, politische und gesellschaftliche Entwicklung hat. Es bestimmt den verfassungsrechtlichen Rahmen des politischen Entscheidungsspielraums. Bei der Prüfung, ob dieser Rahmen vom Gesetzgeber eingehalten wird, ist das Gericht, sind Sie, sehr geehrter Herr Präsident, mit dem Phänomen der wachsenden Gesetzesflut konfrontiert. Und daher sind Sie auch wie kein anderer prädestiniert für den Vortrag, den Sie mit der Frage überschrieben haben „Mehr Gesetze, weniger Recht?“. Wir sind gespannt auf Ihre Ausführungen.

Sehr herzlich darf ich Sie, sehr geehrter Herr Minister Seehofer, in unserem Kreise begrüßen. Sie sind gleichsam nach einer „längeren Pause“ in die Thematik „Lebensmittel und Verbraucherschutz“ zurückgekehrt, nachdem Sie bereits von 1992 bis 1998 Bundesminister für Gesundheit waren; zum damaligen Zeitpunkt war unsere Thematik ganz überwiegend im dortigen Ressort angesiedelt. Seit Ihrem Amtsantritt im November vergangenen Jahres haben Sie turbulente Tage und Wochen erlebt. Sie sind im Rahmen der krisenhaften Situationen sehr schnell auch mit grundsätzlichen Fragen konfrontiert worden, die über den aktuellen Anlass hinaus einer grundsätzlichen Lösung bedürfen, so auch mit der Frage der Organisation der Lebensmittelüberwachung in Deutschland. Zu Ihren vielfältigen Aufgaben, die zu einem Großteil unserer Branche berühren, wünsche ich Ihnen viel Erfolg; wir, der BLL, werden Ihnen stets ein konstruktiver, sicher aber auch kritischer Begleiter sein. Ganz herzlich bedanke ich mich bei Ihnen, dass Sie heute zu uns gekommen sind und einige Grundlagen Ihrer Politik ansprechen wollen.

Ein besonderer Willkommensgruß gilt den verbraucherpolitischen Sprechern der Fraktionen des Deutschen Bundestages, die ihre Positionen im Rahmen einer Podiumsdiskussion zur Verbraucherpolitik darlegen werden. In alphabetischer Reihenfolge begrüße ich Frau Höfken von Bündnis 90/Die Grünen, Frau Klöckner von der CDU/CSU, Frau Doktor Tackmann von der Fraktion Die Linke, Herrn Blumentritt von der SPD und Herrn Goldman von der FDP. Wir freuen uns auf Ihre Ausführungen und danken Ihnen sehr herzlich, dass Sie heute zu uns gekommen sind. In diesen Dank möchte ich auch Herrn Prill von der Lebensmittel Zeitung mit einbeziehen, der die Podiumsdiskussion leiten wird.

„Last“ aber selbstverständlich „not least“ begrüße ich Sie, sehr geehrte Frau Professor Müller; ich muss Sie sicherlich nicht besonders vorstellen, sind Sie doch uns allen und darüber hinaus unseren Mitbürgern als engagierte und streitbare Verfechterin von Verbraucherinteressen aus vielen Diskussionen und Auftritten in Funk und Fernsehen bekannt. Neben anderen verbraucherpolitischen Themen haben für Sie Lebensmittel und Ernährung einen besonderen Stellenwert. Insbesondere hierzu haben wir uns in der Vergangenheit schon oft ausgetauscht. Ich freue mich, dass Sie zugesagt haben, die Wünsche und Erwartungen Ihres Verbandes an die lebensmittelbezogene Verbraucherpolitik darzulegen. Haben Sie herzlichen Dank dafür.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Ihnen allen nochmals einen herzlichen Willkommensgruß, verbunden mit dem Wunsch auf eine interessante Vortragsveranstaltung.

Meine Damen und Herren, die lebensmittelbezogene Verbraucherpolitik steht an einem Scheideweg:

Im Oktober vergangenen Jahres begann eine neue Legislaturperiode, seit November 2005 haben wir eine neue Bundesregierung.

Im Koalitionsvertrag haben unsere Themen einen hohen Stellenwert erfahren. Ausdrücklich begrüßen wir die Aussage, dass eine Verbraucherpolitik angestrebt wird, „die nicht auf bürokratische Reglementierung sondern auf die gestaltende Funktion im Wettbewerb setzt“ und die „ein Gleichgewicht zwischen Verbraucher- und Wirtschaftsinteressen suchen“ soll. Auch das Leitbild der mündigen Verbraucher als eigenverantwortliche Konsumenten findet unsere Unterstützung.

Wie ein roter Faden zieht sich durch den Vertrag das Bekenntnis zum Abbau von Bürokratie. Auch wenn in der Vergangenheit immer wieder Ansätze zur Eindämmung der Gesetzesflut und damit verbunden zur Bekämpfung der ausufernden Bürokratie im Sande verlaufen sind, so gibt es doch dieses Mal begründeten Anlass zur Hoffnung. Sie, Herr Minister Seehofer, haben für Ihren Geschäftsbereich bereits die Initiative ergriffen und einen nationalen Aktionsplan zum Bürokratieabbau aufgelegt; ressortübergreifend hat Frau Bundeskanzlerin Merkel den Bürokratieabbau zur Chefsache erklärt. Und da die EU- Kommission mit ihrem Projekt **„better regulation“** in die gleiche Richtung zielt, bietet sich eine echte Chance, zu nachhaltigen Verbesserungen zu kommen.

Das Brüsseler Umsteuern hin zu „besserem Recht“, zu weniger Reglementierung und Bürokratie ist Teil des Lissabon-Prozesses; es ist ein weiteres Zeichen dafür, dass wir an einem Scheideweg stehen. An diesem Punkt stellt sich aber aktuell doch die Frage, welche Richtung wird tatsächlich eingeschlagen. Meinen wir es mit dem Bekenntnis zu weniger Reglementierung, für mehr Freiheit und damit zu mehr Eigenverantwortung auch dann ernst, wenn gravierende gesundheitspolitische Fragestellungen wie die wachsende Verbreitung von Übergewicht bei unseren Kindern und Jugendlichen Lösungen erfordern? Ist die Politik, sind wir alle bereit, populären Rufen nach Staat und Gesetzgeber, Forderungen nach Reglementierung der Zusammensetzung und Vermarktung von Lebensmitteln, nach Werbeverböten oder sogar nach steuerlicher Belastung bestimmter Produkte Stand zu halten und den beschwerlicheren, aber erfolgreicherem Weg einzuschlagen, der weniger spektakulär an den eigentlichen Ursachen ansetzt?

In Deutschland sind wir insoweit auf dem richtigen Weg. Sorgen bereiten uns aber Entwicklungen in anderen Ländern und insbesondere auf Gemeinschaftsebene, wo die Verlockung freiwilliger Selbstregulierungen letztlich sehr leicht in gesetzgeberischen Maßnahmen enden kann.

Neue gesetzgeberische Vorhaben müssen auch tatsächlich einer sorgfältigen **Folgenabschätzung** unterzogen und auf das wirklich Notwendige beschränkt werden. Auch ist penibel darauf zu achten, dass ein „Mindestmaß“ an **Rechtsqualität** eingehalten wird. Als ein Musterbeispiel dafür, dass das europäische Recht nicht besser, sondern eher schlechter wird, sei die kurz vor der Verabschiedung stehende „Health claims – Verordnung“ angeführt; im Laufe der mehrjährigen Beratungen ist der Text immer unleserlicher geworden, Rechtssicherheit lässt sich damit jedenfalls nicht erzielen. Dieses abschreckende Beispiel muss als Mahnung verstanden werden, es in Zukunft besser zu machen, d. h. erst einmal genauestens zu prüfen, was überhaupt regelbar und was notwendig ist. Nicht jeder noch so gut gemeinte Zweck heiligt jeden gesetzgeberischen Irrweg. Der BLL wird nicht nachlassen, auf Widersprüche und Fehlentwicklungen hinzuweisen, denn letztendlich geht es immer um weitere und zunehmende Beeinträchtigungen der unternehmerischen Freiheit. „Schlechtes Recht“ hinzunehmen, nur um bestimmten Erwartungen, um scheinbarer „political correctness“ zu entsprechen, wird sich nicht auszahlen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

lassen sie mich nun einige Themen ansprechen, die uns besonders beschäftigen und an denen ich auch aufzeigen werde, dass wir an einem Punkt stehen, an dem wir uns entscheiden müssen, wohin die Reise gehen soll.

Beginnen möchte ich mit einem Bereich, der die Lebensmittelwirtschaft mehr als viele andere Themen in den letzten Jahren tangiert. Lebensstil, Ernährung, Bewegung und Stressbewältigung sind Teilaspekte, von denen jeder sehr maßgeblich zur Gesundheit eines jeden von uns beitragen kann – und dies im Übrigen nicht nur im Hinblick auf das Schlüsselproblem "Übergewicht", sondern ganz generell. Wie wichtig eine

gesunde, d. h. ausgewogene Ernährung ist, wissen wir schon lange – im Übrigen, das möchte ich an dieser Stelle gerne anmerken, sehen die statistischen Zahlen dazu in Deutschland gar nicht so schlecht aus. Die Bedeutung von Bewegung wird erst jetzt mehr und mehr evident. Ich verweise hier nicht zuletzt auf den **Spiegel** vom 30. Januar diesen Jahres, der in einer größeren Darstellung unter dem Titel "Die Heilkraft der Bewegung" die Bedeutung von körperlicher Aktivität weit über die Bekämpfung von Übergewicht hinausgehend beschreibt.

Die Lebensmittelwirtschaft engagiert sich auf diesen Feldern in einer Vielzahl von Projekten in Kindergärten, Schulen, Vereinen und Initiativen, einmal abgesehen von den Maßnahmen, die der Information des Verbrauchers gelten. Es ist uns eben nicht egal, ob unsere Kinder und Jugendlichen sich ausgewogen ernähren und ob sie sich ausreichend im Alltag bewegen. Es gibt viele Hinweise darauf, dass unsere Gesellschaft sich mehr als bisher um junge Eltern und kleine Kinder "kümmern" muss. Wenn es richtig ist, dass das Problem Übergewicht sich bereits zum Zeitpunkt der Einschulung manifestiert, dann muss dem sehr frühzeitig entgegengewirkt werden, ehe es zu spät ist. Denn das Risiko ist hoch, dass aus übergewichtigen Kindern übergewichtige Jugendliche und aus übergewichtigen Jugendlichen übergewichtige Erwachsene werden. Wir brauchen einen präventiven Ansatz, so wie ihn die „Plattform Ernährung und Bewegung – peb“ in ihrem ersten Aktionsprogramm festgeschrieben hat. Ein wesentliches Projekt daraus widmet sich den Kindergärten – peb liegt damit voll im Trend, vergegenwärtigt man sich die aktuelle politische Diskussion um die Bedeutung von Kindergärten als ein früher Lernort.

Insofern begrüßt es der BLL, dass das Thema Ernährung und Bewegung im Koalitionsvertrag verankert ist und sich die Bundesregierung festgelegt hat, peb zu unterstützen. Wir brauchen diesen breiten gesellschaftlichen Zusammenschluss, um mit der Plattform ein hohes Maß an Problembewusstsein zu erreichen und im breiten Konsens gefundene Lösungen dann auch nachhaltig umsetzen zu können. Mit peb gehen wir in Europa einen ganz besonderen Weg, umso erfolgreicher, da sich die Plattform zu einem bedeutenden Netzwerk entwickelt hat. Wichtige Partner fehlen noch, z. B. aus den Reihen der Bundesländer – Bayern und Nordrhein-Westfalen dagegen engagieren sich bereits sehr.

Woran wir auch arbeiten müssen, ist eine Koordination der verschiedenen Ressorts in der Bundesregierung. Denn an dem Thema Übergewichtsbekämpfung arbeitet fast die Hälfte der Ressorts, teilweise ohne gegenseitige Kenntnis, von einer gemeinsamen inhaltlichen Linie, von Koordination oder gar Kooperation ganz zu schweigen. So stellt es sich jedenfalls uns dar. Ich hoffe sehr, Herr Minister Seehofer, dass Sie auch in dieser Frage bald die Initiative ergreifen, um diesem Missstand abzuhelpfen.

Entscheidend für einen erfolgreichen Lösungsweg in Sachen Übergewicht ist die Möglichkeit, die Menschen direkt zu erreichen, denn schließlich kann dem einzelnen Verbraucher und den Eltern für ihre Kinder die Verantwortung für einen gesunden Lebensstil nicht abgenommen werden. Sie können dabei aber unterstützt werden. In diesem Sinne scheint sich zu verfestigen, dass Initiativen auf lokaler Ebene, d. h. vor Ort,

dort wo die Menschen leben, erfolgreich sind. Auf lokaler Ebene ist es möglich, viele Lebensbereiche – Kindergarten, Schule, Gesundheitswesen, Transport, Infrastrukturen, Sportvereine, Lebensmittelwirtschaft und Presse – gut und sichtbar zu vernetzen. In besonderer Weise ist dies durch das EPODE-Projekt in Frankreich belegt worden, allerdings gibt es auch bei uns Ansätze dafür. Dort, wo viele Partner vor Ort im Alltag zusammenarbeiten können und mit unterschiedlichen Maßnahmen das gleiche Ziel unterstützen, sind Erfolge im Kampf gegen Übergewicht offensichtlich am ehesten erzielt worden.

Das ist etwas, was auch die EU-Kommission stärker zur Kenntnis nehmen muss, wenn sie auch zukünftig eine wichtige Rolle bei der Lösung der Problematik spielen möchte. Sie sollte sich weder in Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten einmischen, noch sollte sie ihren fast ausschließlich produktorientierten Politikansatz weiter verfolgen. Das Problem Übergewicht bedarf einer überzeugenderen Reaktion als mehr oder weniger wahllose Rezepturänderungen oder Beschränkungen der Vermarktungsmöglichkeiten für einzelne Produkte. Allenfalls lässt sich dafür Beifall von Aktivistenseite erhaschen; solche Politiken haben aber bisher nirgendwo zu Erfolg geführt. Ich hoffe, Herr Minister, dass Sie unsere Einschätzungen hierzu teilen und der Brüsseler Politik insofern eine Absage erteilen. Alles andere würde uns in Deutschland in unserem Bemühen um einen ganzheitlichen Ansatz um Jahre zurückwerfen. Und für die EU-Kommission bleibt immer noch genügend zu tun.

Dabei verschließen wir die Augen nicht davor, dass sich auch in Sachen Ernährung noch manches verbessern ließe – und dazu wird die Lebensmittelwirtschaft auch weiterhin ihren Beitrag leisten.

Nun zu einem weiteren wichtigen Thema:

Das zweimal vor Bundestagswahlen gescheiterte Verbraucherinformationsgesetz erfährt unter der Großen Koalition eine Renaissance. Einen unmittelbaren Auskunftsanspruch gegenüber Unternehmen soll es nicht geben – dies begrüßen wir ausdrücklich. Er wäre auch sachlich nicht begründet, weil

1. noch nie so viele Informationen wie heute von Unternehmen zur Verfügung gestellt worden sind; weil
2. eine gesetzliche Verpflichtung eine unverhältnismäßige bürokratische Belastung für die Unternehmen gebracht hätte und weil
3. eine nationale Regelung zu nicht akzeptablen Wettbewerbsnachteilen für heimische Produkte geführt hätte.

Um eines klar zu stellen: Wir sind uns bewusst und überzeugt davon, welche wichtige Rolle die Informationspolitik der Unternehmen spielt. Deshalb setzt sich der BLL seit jeher bei seinen Mitgliedern – und zwar mit Erfolg – dafür ein, diese auszubauen und offen mit den Verbraucherinnen und Verbrauchern zu kommunizieren.

Was uns an den bekannt gewordenen Gesetzesvorschlägen Sorge bereitet, ist, dass sie unzureichende Sicherungsmechanismen gegen ungerechtfertigte Vorverurteilungen enthalten, ja insoweit sogar hinter dem Stand des Vermittlungsverfahrens in der alten Legislaturperiode zurück bleiben. Zusätzlich soll die Befugnis der Behörden, von sich aus die Öffentlichkeit zu informieren, erweitert werden – es droht ein „naming and shaming“ von Produkten, Marken und Unternehmen – es droht der öffentliche Pranger.

Unsere dringende Bitte geht dahin, im anstehenden Gesetzgebungsverfahren diese Aspekte aufzugreifen und zu Regelungen zu finden, die einen angemessenen Ausgleich zwischen dem Informationsinteresse und den schutzwürdigen Belangen der Unternehmen gewährleisten. Dies ist unerlässlich, um Schaden und Existenz gefährdende Folgen für die Unternehmen zu verhindern.

Meine Damen und Herren, Geschehnisse in den vergangenen Monaten wie der sog. Fleischskandal, aber auch Erfahrungen unserer Unternehmen in der täglichen Praxis zeigen deutlich die Notwendigkeit, über Organisation und Arbeitsweise der amtlichen Kontrolle, über das Zusammenwirken der Bundesländer untereinander und mit dem Bund über ihre Effizienz zu sprechen. Wir als Lebensmittelwirtschaft sind in besonderem Maße an einer modernen, risikoorientierten staatlichen Lebensmittelkontrolle interessiert – wir sind auf sie angewiesen. Nur so können der Verbraucherschutz auf dem erwarteten hohen Niveau und gleiche Wettbewerbsbedingungen gewährleistet, nur so können wir in Deutschland den Anforderungen des größer werdenden europäischen Binnenmarktes und des zunehmenden globalen Lebensmittelhandels gerecht werden.

Eine effiziente Lebensmittelüberwachung ist Voraussetzung dafür, „Sünder“ schneller zu erkennen, „schwarze Schafe“ auszugrenzen, Schwachstellen aufzudecken und letztlich das Vertrauen im In- und Ausland in die Qualität und Sicherheit deutscher Produkte zu sichern. Uns kann es nicht recht sein, wenn zunehmend behauptet wird, die Lebensmittelüberwachung in Deutschland sei im europäischen Vergleich allenfalls noch „Mittelklasse“!

Aufgaben, Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten müssen in den Bundesländern klar geregelt sein und die Qualifikation der Mitarbeiter muss ein großes Gewicht haben. Immer wieder hört man jedoch von finanziellen Engpässen und Restriktionen, die Ursache für Mängel und Probleme seien. Als ein Ausweg wird auch eine zumindest teilweise Privatisierung ins Auge gefasst. Unsere klare Auffassung dazu ist, dass hoheitliche Aufgaben weiter von den Behörden wahrgenommen werden müssen, dass allenfalls „technische Hilfeleistungen“ wie die Untersuchung von Proben privaten Institutionen übertragen werden können. Jedoch hat es auch damit in der Vergangenheit schon Probleme gegeben, es ist also Vorsicht geboten. In jedem Falle muss die Lebensmittelkontrolle in der Gesamtverantwortung des Staates bleiben!

Unzweifelhaft ist jedoch aus unserer Sicht Handlungsbedarf gegeben; wir sollten keine Zeit verstreichen lassen, mit **gemeinsamen** Überlegungen zu beginnen! Es bringt nichts, wenn hinter verschlossenen Kabi-

nettstüren in der einen oder anderen Landeshauptstadt Konzepte erdacht werden, ohne sich die Erfahrungen und Expertise der betroffenen Wirtschaft zu Nutze zu machen.

In ein Lösungskonzept einbezogen werden muss auch die Frage des Verhältnisses zwischen Bund und Ländern. Um von vornherein eines klar zustellen:

Ich bin ein großer Anhänger unseres föderalen Systems; dies bedingt, dass die Lebensmittelüberwachung selbstverständlich weiter in der Kompetenz der Bundesländer bleiben muss, denn ihre Aufgabe ist es, in den Regionen, in den Kommunen, d. h. vor Ort, zu wirken. Das schließt aber nicht aus, sondern bedingt sogar, dass dem Bund die Möglichkeit zu einer gewissen Koordination eingeräumt wird. Sachverhalte, die eine einheitliche, gleiche Behandlung und Bewertung erfordern, müssen abgestimmt werden; so beispielsweise die Kommunikation in Krisensituationen. In diesen und anderen Fällen können wir uns – gerade auch vor dem Hintergrund unserer internationalen Verflechtungen – einen kleinstaatlichen Anachronismus nicht mehr leisten.

Ich weiß, sehr geehrter Herr Minister Seehofer, dass diese Thematik Ihnen ein besonderes Anliegen ist, und ich kann Sie nur ermutigen, alles zu tun, um gemeinsam mit den Bundesländern zu einer guten, zukunftsorientierten Lösung zu finden. Die festgezurrte Föderalismusreform darf den Weg dazu nicht versperren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

auf Zustimmung bei uns ist die Aussage des Koalitionsvertrages gestoßen, die Grüne Gentechnik verantwortungsvoll nutzen zu wollen. Dafür haben wir uns immer eingesetzt, denn wir sind von den Chancen dieser Technologie überzeugt. Dauerhaft auf sie zu verzichten, wäre schon aufgrund der internationalen Marktentwicklung bei bestimmten Rohstoffen weder möglich noch verantwortbar.

Als geradezu unverantwortlich empfinde ich aber das jüngste Verhalten der EU Kommission, die eigene bisherige Zulassungspraxis in Frage zu stellen und sich in diesem Zusammenhang in die Risikobewertung der Europäischen Lebensmittelsicherheitsbehörde (EFSA) einzumischen. Damit untergräbt sie die Unabhängigkeit dieser noch jungen aber schon weithin anerkannten Institution und degradiert sie zum Spielball politischer Opportunität. Es ist nicht nachvollziehbar, erst mit großem politischem Nachdruck eine EFSA in Leben zu rufen, die wissenschaftliche Unabhängigkeit als ihr Wesensmerkmal gesetzlich zu verankern, es dann aber offensichtlich so doch nicht gemeint zu haben. Hier muss mit aller Klarheit den Anfängen gewehrt werden – sonst braucht man dieses wertvolle und zugleich kostspielige Instrument nicht. Auch insofern stehen wir – ungewollt – an einem Scheideweg!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich habe nur einige uns besonders berührende Themen aus der Vielfalt der BLL-Aufgaben ansprechen können. Sie sehen daraus aber, wie sehr wir uns um konstruktive Lösungen für unsere Lebensmittelwirtschaft in der Diskussion mit Ihnen, unseren Partnern aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Verbraucherschaft bemühen. Ihnen allen gilt an dieser Stelle unser herzlicher Dank für diese Zusammenarbeit, um deren Fortsetzung ich Sie ebenso herzlich bitte.

Damit sind wir nun beim ersten Vortrag unserer Jahrestagung angekommen, und ich bitte nun Sie, sehr geehrter Herr Minister Seehofer, uns die Ziele und Schwerpunkte der Bundesregierung zur Verbraucherpolitik heute nahe zu bringen. Wir freuen uns auf Ihre Ausführungen.